

Offene Worte

Zeitung der LINKEN für den Barnim April 2017, 27. Jahrgang

Wir sind viele.
Wir sind eins.
1. MAI 2017 DGB
DIE LINKE unterstützt den Aufruf des DGB.

Gute Arbeit für alle, statt Niedriglohn, Dauerstress und Abstiegsangst, diese Forderung der LINKEN unterstützen Kerstin Kühn (links) und Ralf Kaiser (rechts) – egal, ob abhängig beschäftigt oder als Solo-Selbstständige.

Foto: Jürgen Angelo



Das Arbeitseinkommen muss zum Leben reichen!

Die beiden Bundestagskandidaten der LINKEN im Barnim, Kerstin Kühn und Ralf Kaiser, beantworten die Frage: „Was ist gute Arbeit?“

Die Arbeitslosenquote ist gesunken – bedeutet mehr Arbeit auch gute Arbeit für Beschäftigte?

Ralf Kaiser: Leider nicht; rund 30 Prozent der Beschäftigten im Landkreis Barnim benötigen aufstockende Hilfe durch das Jobcenter. Etwa 25 Prozent arbeiten in prekären Beschäftigungsverhältnissen. Da kann man von guter Arbeit nicht sprechen. Überwiegend sind es leider noch immer die Frauen in der Region, die prekär beschäftigt sind, bzw. als alleinerziehende Mütter Vollzeit arbeiten und dennoch auf Hartz IV-Leistungen angewiesen sind.

Was ist prekäre Beschäftigung?

Ralf Kaiser: Dazu zählen geringfügige Beschäftigungsverhältnisse und Minijobs (450-Euro-Jobs), aber auch meist sachgrundlos befristete Arbeitsverhältnisse, Leiharbeitsverhältnisse sowie Vollzeitjobs mit Mindestlohnvergütung! Denn mit 8,84 Euro pro Stunde brutto reicht das Einkommen einer Alleinverdienerin auch bei Vollzeit nicht aus, um mit zwei Kindern ohne ergänzende Hartz-IV-Leistung zu überleben.

Wie vertragen sich prekäre Beschäftigungsverhältnisse mit der gewerkschaftlichen Vertretung der Arbeitnehmer?

Ralf Kaiser: Als Gewerkschafter stehe ich derartigen Beschäftigungsverhältnissen sehr skeptisch und kritisch gegenüber. Leider sind wir in den typischen prekären Beschäftigungsbereichen gewerkschaftlich

schwach aufgestellt. Häufig gibt es keine Betriebs- oder Personalräte. Daher ist es ein Leichtes für die Arbeitgeber, prekäre Beschäftigung durchzusetzen. Oder es wird betriebswirtschaftlich begründet, „dass es anders nicht ginge“. Auch gibt es in vielen Bereichen keine Tarifbindung mehr und damit keine Lohn- oder Gehaltserhöhungen. Häufig sind die Betroffenen nicht gewerkschaftlich organisiert – der Grund ist scheinbar einfach: das Geld reicht vorne und hinten nicht und damit auch nicht für den Gewerkschaftsbeitrag, leider.

Soloselbstständigen wird eine hohe Selbstausschöpfung nachgesagt. Sie gibt es aber quer durch alle Branchen. Hat die Politik Möglichkeiten, Einfluss auf ihre Arbeitsbedingungen zu nehmen?

Kerstin Kühn: Ja, indem das Steuersystem gerechter gestaltet wird, die niedrigen und mittleren Einkommen entlastet werden. Es kann auch helfen, die Mindestarbeitsbedingungen und Honorare für Selbstständige in Tarifverhandlungen einzubeziehen, ihnen einen Zugang zur Arbeitslosenversicherung zu gewähren und eine bessere einkommensabhängige Mitgliedschaft in der Gesetzlichen Krankenversicherung zu ermöglichen.

Das sind alles grundsätzliche Änderungen im System ...

Kerstin Kühn: Das stimmt, aber sie wären dringend nötig. In Brandenburg gibt es 96.100 Kleinstunterneh-

men mit bis zu 9 Beschäftigten (Stand 2012). Deutschlandweit gibt es rund 5 Millionen sozialversicherungspflichtige Arbeitnehmer in Kleinstunternehmen. Durch den Aufbau von Versorgungswerken könnte zum Beispiel eine vernünftige Altersversorgung gesichert werden. Als Anwältin plädiere ich für ein Forderungsschutzgesetz, das schnell pfändbare Titel gewährleistet.

Was versteht die LINKE unter guter Arbeit und wie soll sie für Arbeitnehmer aussehen?

Ralf Kaiser: Meine Ansichten und Positionen decken sich zu 100 Prozent mit denen unserer Partei und ich bin stolz, Mitglied der LINKEN zu sein. Der Entwurf des Wahlprogramms zur Bundestagswahl bringt es auf den Punkt: „Gute Arbeit für Alle statt Niedriglohn, Dauerstress und Abstiegsangst!“

Und wann verdient eine Selbstständigkeit die Bezeichnung „gute Arbeit“?

Kerstin Kühn: Wenn sich Selbstständigkeit wieder „lohnt“, das heißt ein verträglicher Gewinn nach Abzug aller Abgaben übrig bleibt, mindestens jedoch 1.500 Euro. 2014 fielen deutschlandweit 40 Prozent der Soloselbstständigen aus dem Handwerk unter die Kleinstunternehmerregelung, das heißt ihr Jahresumsatz betrug weniger als 17.501 Euro. Das kann man nicht als „gut bezahlte“ Arbeit bezeichnen.

In dieser Ausgabe

Pressefest kleiner Zeitungen

Am 15. Juli laden die LINKE Barnim, die „Roten Reporter“ und natürlich die „Offenen Worte“ wieder zu Politik, Kultur und Sport rund um das Bernauer Steintor ein. **2**

Bernau baut

André Stahl erklärt die Wohnungsentwicklung in Bernau. Ein Interview. **3**

Keine Überschuldung riskieren

Wie könnte die Zukunft des Finowkanals aussehen? Ein Bericht über das Für und Wider zur Sanierung der Wasserstraße. **4**

Verwaltungsstrukturreform

Wie steht der Barnim zur Verwaltungsstrukturreform? Lutz Kupitz berichtet über die Stellungnahme des Kreistages, in die wesentliche Ansichten der LINKEN eingeflossen sind. **5**

Bangen in Trampe

Das Unternehmen hat volle Auftragsbücher und trotzdem sollen 200 Beschäftigte in Trampe und Eberswalde entlassen werden. Wie geht das und was kann man tun?, die Fragen versuchen Ralf Kaiser und Ralf Christoffers zu beantworten. **6**

Aus dem Stall gestohlen

Der Diebstahl von Zuchtrindern belastet die Landwirte. Was kann man tun? berichtet Margitta Mächtig aus dem Landtag **7**

kleine
zeitungen

OW ist Mitglied im gemeinsamen Internetportal der Tageszeitung »nd« und kleiner linker Zeitungen. Lesen Sie auf: www.kleinezeitungen.de

Spendenkonto Offene Worte

DIE LINKE Barnim,
IBAN: DE33 1705 2000 3120 0514 29,
BIC: WELADED1GZE;
Verwendungszweck: Spende OW.
Alle Spenden werden nur für Druckkosten verwendet; Spendenquittung zu Beginn des nächsten Jahres

EU-Kommission linksradikal?

Von Sebastian Walter

„Im Zeitraum zwischen 2008 und 2014 hat die deutsche Politik in hohem Maße zur Vergrößerung der Armut beigetragen.“ Damit wird nicht das Wahlprogramm der LINKEN zitiert, sondern der Länderbericht der EU-Kommission. Also der Institution die nicht gerade besonders für linksradikale Positionen bekannt ist. Sie reiht sich damit in die OECD und den internationalen Währungsfonds ein. Alle kritisieren die ungleiche

Kommentar

Reichtumsverteilung und die damit einhergehende Armut in Deutschland. Während die Bundesregierung Armutsberichte schön, Debatten mit Statistikargumenten negiert und behauptet, es gäbe gar keine wirkliche Armut im Land, sieht es die halbe Weltgemeinschaft anders.

Stellt sich die Frage: Wer soll denn die Bundesregierung noch kritisieren, bis es endlich Veränderungen gibt? So radikal aber richtig die EU-Kommission Deutschland kritisiert, schafft es nicht einmal der Möchtegern-Hoffnungsträger Martin Schulz.

Während die einen über Statistiken reden, spüren viele Menschen jeden Tag die Ungerechtigkeit im Land. Die angeblichen Erfolge der letzten Jahre haben eben nur zu einem geführt – zu realer Armut für immer mehr Menschen. Es gibt keinen Grund, sich zurückzulehnen – wir müssen jetzt die Wende schaffen. Erste Schritte wären ein gerechtes Steuersystem, ein Mindestlohn von 12 € pro Stunde und eine Rente, von der man leben kann. Dann gibt die EU Ruhe – DIE LINKE wird weiterkämpfen.

Pressefest kleiner Zeitungen am 15. Juli in Bernau

Buntes Programm aus Sport, Kultur und Politik rund um das Steintor und in der Stadthalle

OW-Beitrag/bc

Es war ein Erfolg im letzten Jahr, die Neuauflage des „Pressefestes der kleinen Zeitungen“. Und so laden die Barnimer LINKE, die Landesarbeitsgemeinschaft „Rote Reporter“ der LINKEN sowie die Buchhandlung „Schatzinsel“ und die Tageszeitung „neues deutschland“ auch in diesem Jahr wieder zu diesem Fest sein. Zeit und Ort: 15. Juli von 10 bis 17.30 Uhr rund um das Steintor; und am Abend lockt wieder ein schönes Kulturprogramm in die Stadthalle.

Das bunte Tagesprogramm aus Sport, Kultur und Politik wird in diesem Jahr noch aufgestockt. So wird es parallel zum Open Air-Fest insgesamt verschiedene Programme in der Stadthalle Bernau geben: darunter von 11 bis 12.30 Uhr ein aktuellen Bildvortrag zu Kuba, organisiert von Cuba si Bernau, von 15.30 Uhr bis 17 Uhr ein Kinderprogramm.

Der im letzten Jahr erstmals organisierte Spendenlauf soll zu einer Tradition werden und wird auch das diesjährige Pressefest einleiten. Von 10.30 Uhr bis 11.30 Uhr können Sportlerinnen und Sportler auf den etwa 420 Meter langen Rundkurs vom Steintor entlang der Stadtmauer und des Schwanenteiches gehen. Unterstützt werden sollen damit wieder Ferienangebote des gemeinnützigen Vereins „Eltern helfen Eltern Bernau e.V.“. Der Erfolg des letzten Jahres: Insgesamt 553 Euro wurden gespen-



Werden auch in diesem Jahr das Pressefest eröffnen: Bernaus Bürgermeister André Stahl (LINKE) und Stadtverordnete Dagmar Enkelmann.

Foto: bc

det. Dafür bedankt sich der Verein noch einmal herzlich bei allen Läufern und Spendern und hofft auf eine rege Teilnahme in diesem Jahr.

Politische Talks sind über den Tag verteilt geplant, unter anderem mit

dem Bundestagsabgeordneten Harald Petzold und der Bundestagskandidatin Kerstin Kühn. Viele weitere Gäste werden erwartet, das vollständige Programm werden Sie in den nächsten OW-Ausgaben lesen.

Eine Schönowerin in Schönower

Bundestagskandidatin Kerstin Kühn stellt sich vor

OW-Beitrag/dk

Im Gemeindezentrum am Schönower Sportplatz (Zepernicker Str./Schönerlinder Str.) stellt sich am **10. Mai** um 18 Uhr die Bundestagskandidatin der LINKEN für diesen Wahlkreis, Kerstin Kühn, den Schönowerinnen und Schönowern vor. Alle, die mit Kerstin Kühn ins Gespräch kommen wollen, sind herzlich von der örtlichen Basisgruppe der LINKEN eingeladen.

Kontakte zur LINKEN im Barnim und Sitzungstermine

Sitzungen der Fraktionen und Vorstände der LINKEN im Barnim sind grundsätzlich öffentlich, Gäste willkommen. In seltenen Fällen können sich aus aktuellem Anlass Termine verschieben. Bitte informieren Sie sich vorab:

Kreisvorstand: 26. April, Schorfheide, 17. Mai Wandlitz

Kreistagsfraktion: Tel.: 03334-236986 E-mail: kreistagsfraktion@dielinke-barnim.de
8. und 22. Mai, jeweils 18 Uhr, Biesenthal, Gaststätte „Zur alten Eiche“

Nächster Kreistag: 14. Juni, 17 Uhr, Paul-Wunderlich-Haus, Eberswalde

Wahlkreisbüro Margitta Mächtig: Tel.: 03334-385488, Fax: 03334-385489 im: Bürgerzentrum Eberswalde, Heegermühler Straße 15, 16225 Eberswalde, E-Mail: maechtig@dielinke-barnim.de

Wahlkreisbüro Ralf Christoffers: Tel.: 03338-7047455
Hussitenstraße 1, 16321 Bernau, E-Mail: christoffers@dielinke-barnim.de

Stadtfraktion Eberswalde: Tel.: 03334-236987, 24. April und 8. Mai, 18 Uhr, Bürgerzentrum Eberswalde, Stadtverordnetenversammlung: 27. April, 18 Uhr, Paul-Wunderlich-Haus, Eberswalde

Bürgerzentrum Bernau: Tel.: 03338-5881, Berliner Straße 17, 16321 Bernau, E-Mail: info@dielinke-barnim.de,

Stadtfraktion Bernau: 26. April, Fraktion vor Ort: Gemeindezentrum Birkholz, 18 Uhr, 11. Mai, 15 bis 18 Uhr, Fraktions-sprechstunde: Berliner Straße 17; www.linksfraktion-bernau.de

Stadtverordnetenversammlung: 18. Mai, 16 Uhr, Stadthalle Bernau, E-Mail: fraktion-bernau@dielinke.barnim.de, Tel.: 03338-907252/Fax: 03338-907251

Gemeindefraktion Panketal: 10. Mai, 19 Uhr, Rathausaal, Schönower Straße 105, Sitzung der Gemeindevertretung: 22. Mai, Rathausaal

Bürgerbüro Wandlitz: Tel.: 033397-64515; E-Mail: wandlitz@dielinke-barnim.de

Gemeindefraktion Ahrensfelde: 11. Mai, 18.30 Uhr, Gemeindezentrum Ahrensfelde, Seniorenbegegnungsstätte, Sitzung der Gemeindevertretung: 15. Mai, 19 Uhr, Rathaus

Regionalgruppe Cuba si: E-Mail: bernau@cuba-si.org **[solid]:** E-Mail: solid-barnim@web.de

Basisgruppe Schorfheide: jeden 1. Donnerst./Monat, 18 Uhr, Seniorentreff Finowfurt, Alte Mühle 5a

Basisgruppe Werneuchen: 5. Mai, 19 Uhr, Festscheune am Bahnhof

Impressum

Herausgeber: Virtuelle AG Offene Worte der LINKEN Barnim & Kreis-tagsfraktion der LINKEN

Kontakt:

DIE LINKE Barnim, Heegermühler Straße 15, 16225 Eberswalde, Tel.: 03334-22026, Fax: 03334-385489

E-Mail:

offeneworte@dielinke-barnim.de, **download:** www.dielinke-barnim.de,

Virtuelle Redaktion: Petra Bochow (pb), Berit Christoffers (bc), Lutz Kupitz (lk), Margitta Mächtig (mm), Sebastian Walter (ViSDP/sw), Margot Ziemann (maz), Christel Zillmann (cz)

Auflage: 16.000

nächster Redaktionsschluss: 8. Mai 2017

nächster Erscheinungstermin: 24. Mai 2017

Veröffentlichte Beiträge müssen nicht mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen. OW entscheidet über die Veröffentlichung eingereicherter Zuschriften und kann diese Sinn wärend kürzen.

Wohnungen gesucht – Bernau baut

Interview mit Bernaus Bürgermeister André Stahl (LINKE)

Sind Bernauerinnen und Bernauer eher Mieter oder leben sie in Einfamilienhäusern?

Im Wohnungsmarktgutachten vom 7. Dezember 2016 sind 6.532 Einfamilienhäuser, 1.124 Zweifamilienhäuser und 10.359 Wohnungen in Mehrfamilienhäusern aufgeführt. Damit ist Bernau eindeutig eine Stadt, in der zur Miete gewohnt wird.

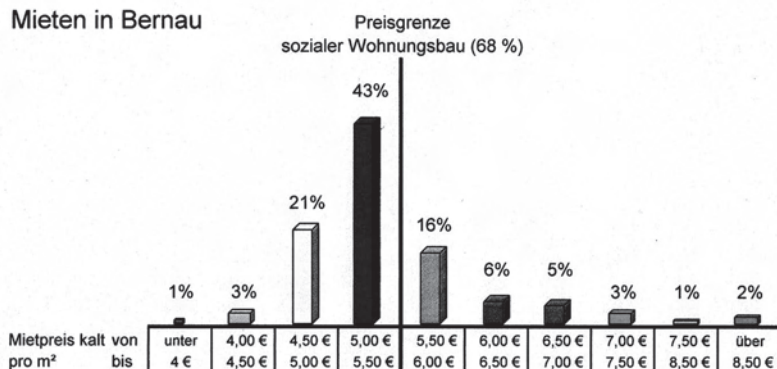
Macht die Preisentwicklung der Berliner Mieten Bernau interessant für Wohnungssuchende?

Die Höhe der Miete ist nach meiner Erfahrung eher nicht der Grund, weshalb Großstädter sich Wohnungen oder Häuser im Umland suchen. Es gibt auch in Berlin interessante Wohngebiete. So wurde zum Beispiel das Märkische Viertel aufwendig saniert und zu moderaten Preisen vermietet. Andererseits gibt es im Umland, zum Beispiel in Wandlitz, Zepernick oder Ahrensfelde sehr teure Wohngebieten. Es ist eher das andere Umfeld, das Menschen suchen, die nach Bernau ziehen. Wir haben hier eine gute soziale Infrastruktur. Kitas und Schulen in Wohnortnähe machen Bernau für Familien attraktiv. Das Mietspektrum ist breit gefächert, von sehr preiswert bis zum gehobenen Bereich. Schaut man sich die Zahlen an, liegen 68 Prozent der Kaltmietpreise im Bereich der Mieten, die für den sozialen Wohnungsbau gelten (siehe Tabelle).

Apropos soziale Infrastruktur: Die CDU hat bemängelt, es gäbe nicht genug Spielplätze. Wie sehen Sie das?

Es gibt erstens eine Spielplatzsat-

Mieten in Bernau



Quelle Wohnungsmarktgutachten für die Stadt Bernau vom 7.12.2016; Hinweis: Durch Rundungen entstand Gesamtbetrag von 101 Prozent. Grafik: OW/pb

zung, die wir stückweise abarbeiten, zuletzt wurde in der Kriemhildstraße ein Spielplatz für 750.000 Euro gebaut. Ich denke, es gibt gute zentrale Spielplätze in Bernau. Worauf die CDU meiner Ansicht nach abstellt, sind Spielplätze in Einfamilienhausgebieten. Dort gibt es weniger Angebote. Ich glaube aber auch, dass das den Interessen entspricht. Schauen Sie sich um: Auf den Grundstücken gibt es viele Spielgeräte, die Kinder bleiben meist im eigenen Garten – oder gehen zu Freunden. Ich denke, der Schwerpunkt muss auf Spielplätzen in Mehrfamilienhausgebieten liegen, und das ist auch so geplant.

Man hat den Eindruck, es sei nicht so einfach in Bernau Wohnraum zu finden. Wie sieht die Perspektive aus?

Bis zum Jahr 2020 sollen in Bernau 2.500 neue Wohnungen entstehen, in verschiedenen Preissegmenten. Gebaut wird sowohl in größeren

Einheiten wie durch die Wobau in Bernau Süd mit 250 oder durch die Metallgenossenschaft mit 53 Wohnungen. Es werden aber auch Wohngebiete verdichtet, mit jeweils 10, 20 Wohnungen. 2018 werden die nächsten größeren Angebote fertig werden.

Die Fraktion der LINKEN will prüfen lassen, ob im südlichen Bernau neuer Wohnungsbau verkehrstechnisch überhaupt zu verkraften ist ...

Bis zum Jahresende wird das Verkehrskonzept dazu vorliegen. Man muss genau prüfen, wie der Verkehr sich entwickeln wird. In bestimmten Wohngebieten, wie zum Beispiel dem „Pankebogen“ mit geplanten 100 Wohnungen wird vieles „fußläufig“ erreichbar sein. Viel schwerwiegender sind vermutlich eher die von der Deutschen Bahn geplanten Brückenarbeiten, die zu Umleitungen führen. Darauf müssen wir schneller reagieren.

„Die Revolution fährt Fahrrad“

„neues deutschland“ lädt ein zu: ndLive am 19. und 20. Mai in Berlin

Von Olaf Präger

Am 19. und zum 20. Mai 2017 feiert »neues deutschland« wieder das traditionelle Pressefest „ndLive“ am Franz-Mehring-Platz 1 in Berlin, Nähe Ostbahnhof.

Auf den Freitag Abend können bereits alle Musik-Freunde gespannt sein. Es wird zu einem Potpourri unterschiedlicher Musikgenres geladen. Eine Trommelgruppe ist dabei. Liedermacher und mehrere Chöre, darunter der Ernst-Busch Chor – werden auftreten. Ein musikalisches Experiment, auf das man neugierig sein kann.

Am Sonnabend ab 11 Uhr startet das Hauptprogramm bei hoffentlich schönem Wetter und angenehmen Temperaturen – mit Musik von

„Manifest“ aus Potsdam, mit den Kabarettisten von „Charly M.“ und Ausstellungen, mit Kulinaria vom Grill im Innenhof, mit Führungen durch die Redaktion, mit Lesungen, mit einem Kinderfest und Info- und Marktständen vor dem Haus ...



Viele Gäste, schöne Angebote bei „ndLive“ im letzten Jahr und deshalb wird auch in diesem Jahr wieder eingeladen. Foto: nd

Im Münzenberg-Saal werden wieder hochrangig besetzte Diskussionsrunden stattfinden, u.a. zur Koalition in Berlin mit den Fraktionsvorsitzenden der im Abgeordnetenhaus vertretenen Parteien. André Holm dürfen wir zu einer Diskussionsrunde zur Wohnungspolitik in Berlin begrüßen. So viel sei bereits verraten.

Und am Abend lockt wieder ein Konzert in den Innenhof des FMP1 und – das ist auch schon fast Tradition – die Best of Leserbrief-Show ins Foyer des Hauses.

Weitere Informationen werden demnächst auf www.ndlive.de folgen. Also immer schön neugierig bleiben. Und kommt stiehlt mit dem Rad, denn das Motto des Festes lautet in diesem Jahr: „Die Revolution fährt Fahrrad“.

Preisskat Eberswalde

Von Günther Klaue

Der öffentliche Seniorenpreisskat der LINKEN in Eberswalde findet am letzten Mittwoch des Monats statt, also **am 26. April 2017**, ab 13 Uhr in der Alten Brauerei, Eisenbahnstraße 29. Von Mai bis August - Sommerpause!

Die Anmeldung ist zur Preisgestaltung erforderlich bei einem Einsatz von 8 € über E. Brunck, Tel.: 03334-24818 oder G. Klaue, Tel.: 03335-325 378.

Stammtisch Panketal

Von Christel Zillmann

Die LINKE Panketal lädt zu ihrem traditionellen monatlichen Stammtisch in Leo's Restauration in Zepernick, Schönower Straße 59: Am **31. Mai** kann ab 19 Uhr in lockerer Atmosphäre über aktuelle politische Themen diskutiert werden.

Die nächste Mitgliederversammlung der Panketaler LINKEN finden **am 8. Mai**, um 19 Uhr im Rathausaal (S-Bahnhof Zepernick) statt.

Gedenken

OW-Beitrag/mg

Zu einer Kranzniederlegung vor dem Denkmal im Goethepark anlässlich des 72. Jahrestages der Befreiung vom Hitlerfaschismus lädt die Panketaler LINKE am **8. Mai** um 18 Uhr ein.

Sprechstunden in Eberswalde

Von Michael Wolff

Der Stadtvorstand der LINKEN Eberswalde bietet jeden Freitag Sprechstunden im Bürgerzentrum in der Heegermühler Straße 15 an. Die nächsten Termine: **21. und 29. April und 5., 12. und 19. Mai** jeweils 14 bis 16 Uhr.

Kommunalpolitische Abende

Von Petra Bochow

Im Jahr 2017 bietet die Regionalstelle Barnim des „kommunalpolitischen forums Land Brandenburg e.V.“ monatliche Informationsveranstaltungen zur Weiterbildung gewählter Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker an. Die Veranstaltungen finden jeweils um 18 Uhr in Biesenthal, im Gasthof „Zur alten Eiche“ statt. Die nächsten Themen werden sein: **am 2. Juni** - Schulentwicklungsplan bis 2020 und **am 14. Juli** - Wirtschaftsentwicklung im Barnim.

Um Anmeldung wird gebeten unter: 03334-385488 oder kf-barnim@gmx.de.

Keine Überschuldung der Anlieger riskieren

Der Finowkanal – Wie könnte seine Zukunft aussehen?

Von Hans-Jürgen Müller

Ich bin seit 1980 ein Fan des Finowkanals. Leider war damals noch nicht so klar, was er für die Region darstellen könnte. Viel zu viel Flüssigmüll wurde in ihn entsorgt.

Seit einer Reihe von Jahren beschäftigen sich Eberswalde und andere Anliegergemeinden des Finowkanals mit ihm. Das brachte mich 2011 auf die Idee, eine Fotoausstellung mit sechs weiteren Fotofreunden vorzubereiten und 2012 in der ehemaligen Touristenformation am Familiengarten zu präsentieren.

Seit dem haben sich viele mit dem Finowkanal befasst. Der Grund ist, dass der Bund als Eigentümer als erste Maßnahme den Status des Finowkanals abgesenkt hat und ihn jetzt los werden will. Der Bund entzieht sich – wie in vielen anderen Bereichen – seiner Verantwortung. Jetzt sollen die Anlieger dafür einspringen. Was für ein Irrsinn!

In letzter Zeit gab es Verhandlungen durch den Eberswalder Bürgermeister mit den Bundesvertretern. Ihm wurden Angebote unterbreitet, welche die Übergabe des Kanals zum Ziel haben. Wenn man es oberflächlich betrachtet – letztendlich sollen die Kommunen auch Geld für die Übernahme bekommen – scheint es erst einmal gut. Aber wenn man die Zahlen gründlicher beleuchtet, gibt es viele offene Fragen bei der Finanzierung. Da sind zum Beispiel die Kosten für die Beseitigung der Schwermetallbelastung im Bodenschlamm, der allgemeine Zustand des Kanals, der Zustand der Schleusen, der Uferbefestigungen und viele andere un-

Wenn es keine betriebsfähigen Schleusen mehr am Finowkanal gibt, ist die Nutzung durch Motorboote nicht mehr möglich. Kanuten und Ruderer hätten den Kanal dann für sich.

Foto:
Hans-Jürgen Müller



wägbarere Faktoren, die wir noch gar nicht erahnen können.

Wie schnell eine Kommune durch falsches Handeln in Bedrängnis kommen kann, erleben gerade die Bürger aus Marienwerder mit ihrem Projekt Werbellinkanal. Eine für mich unsinnige Idee des damaligen Bürgermeisters Danko Jur, gepaart mit Baupfusch und Strippenzieherei, bringt die Gemeinde jetzt stark in finanzielle Bedrängnis.

Da schon vom Werbellinsee eine Wasseranbindung zum Finowkanal vorhanden war, die ja auch ausgebaut wurde, hielt ich das Projekt schon 2007 als zum Scheitern verurteilt. Das hat sich ja leider bestätigt.

Der damalige Bürgermeister Danko Jur zog sich ganz schnell aus seiner

Verantwortung, als er keinen Rückenwind mehr hatte. Heute will er als Geschäftsführer des Regionalen Fördervereins Region Finowkanal (KAG) Geld mit dem Finowkanal verdienen und drängt nun auf die Übernahme in kommunale Verantwortung.

Aus meiner Sicht ist der Bund als Betreiber auch weiterhin in der Pflicht alle Mängel zu beseitigen, den Kanal zu betreiben und kann dies nicht auf andere abwälzen. Betonen möchte ich auch, dass das Wasserstraßen- und Schifffahrtsamt Eberwalde (eine Bundesbehörde) aus meiner Sicht zwischen Baum und Borke steht und sicherlich selbst auch den Kanal weiterhin nutzen möchte und kann. Ich sehe auch die seit Monaten in der MOZ geisternden Forderungen des

Vereins „Unternehmer am Finowkanal“, des Vereins „Unser Finowkanal e.V.“ und vieler anderer für unsinnig. Forderungen und Wünsche habe ich auch, bleibe damit aber immer realistisch und auf dem Teppich.

Selbst wenn der Bund beim Verantwortungszug bleibt, heißt das ja nicht, dass der Kanal nicht weiter genutzt werden kann. Kanuten und Ruderer können weiter auf dem Finowkanal aktiv sein. Nur ist dann eine Nutzung für Motorboote – wenn es keine betriebsfähigen Schleusen mehr gibt – nicht mehr möglich.

Eine Überschuldung der Anlieger kann sicher niemand wollen! Diese wird aber geschehen, wenn die Kosten-Nutzen-Risiko-Betrachtung nicht ganzheitlich passiert.

Bürgerentscheid vor Reform

Werneuchen will eigene Verwaltungseinheit bleiben

Von Burkhard Horn,
Bürgermeister Werneuchen

Im Leitbild zur Kreisgebiets- und Verwaltungsstrukturreform ist festgehalten, dass es auf kommunaler Ebene künftig nur noch Verwaltungseinheiten mit mindestens 10.000 Einwohner im Berlin fernen und 12.000 Einwohner im Berlin nahen Raum geben soll. Die Stadt Werneuchen hat weder die 10.000 noch die 12.000 Einwohner. Die bevorzugte Verwaltungsform soll die Amtsgemeinde sein.

Wir haben also Handlungsbedarf. Im Barnim gibt es keine Nachbargemeinde, die den gleichen Handlungsdruck hat. Nur die Stadt Altlandsberg und das Amt Falkenberg-Höhe stehen vor der gleichen Situation (rund 9.200 bzw. rund 4.600 Einwohner). Diese Gemeinden befinden sich im Land-

kreis Märkisch-Oderland.

Nach bisher geführten Gesprächen gibt es folgende Ergebnisse:

Die Gemeinden Ahrensfelde, Bernau und Biesenthal sehen selbst keinen Handlungsbedarf aktiv zu werden. Die Stadt Altlandsberg vertritt kurz gesagt den Standpunkt: Abwarten. Mit dem Amt Falkenberg-Höhe gibt es gleichlautende Beschlüsse der Stadtverordnetenversammlung Werneuchen und des Amtsausschusses mit dem Inhalt:

1. Die Absichtsbekundung bis 2019 (mit den Kommunalwahlen) eine gemeinsame Verwaltungseinheit zu bilden.

2. Dazu ist in beiden jetzt bestehenden Verwaltungseinheiten 2017 ein Bürgerentscheid durchzuführen.

3. Nur wenn in beiden Verwaltungseinheiten mit „Ja“ gestimmt

wird, werden die Gespräche weitergeführt.

Nach dem oben dargestellten Sachverhalten, dürfte klar sein, dass Werneuchen nicht aus eigenem Antrieb handelt. Auslöser ist die Verwaltungsstrukturreform. Um den Bürgerinnen und Bürgern die Möglichkeit der freiwilligen Entscheidung bei einer so einschneidenden Veränderung zu ermöglichen, bleibt unserer Auffassung nach, nur der Bürgerentscheid.

Das Ergebnis dieses Bürgerentscheides wird unwidersprochen akzeptiert.

Bei positivem Ausgang haben die Kreistage die Entscheidung zu treffen, ob sie bereit sind, eine ihrer Kommunen in den jeweiligen Nachbarlandkreis wechseln zu lassen. Bei Ablehnung durch einen der beiden Kreistage wird sich das Innenministe-

rium damit beschäftigen müssen.

Bei negativem Ergebnis wird mit hoher Wahrscheinlichkeit das Innenministerium in Umsetzung der Leitlinien ebenfalls eine Vorgabe erlassen.

Damit ist noch nicht klar, ob und wer von den beteiligten Kommunen den Landkreis wechseln würde – dies ist völlig offen. Nachteile sehen wir generell für Werneuchen in der Reform, egal mit wem Werneuchen eine neue Verwaltungseinheit bilden muss. Diese sehen wir im Identitätsverlust, Demokratieverlust und als bewusst gewählten Einstieg in die nächste Gemeindegebietsreform.

Der Bürgerentscheid ist die einzige Möglichkeit die Bürgerinnen und Bürger mitreden zu lassen. Alternativ hierzu könnte nur eine Änderung der Leitlinien oder die Aufhebung der Reform dienlich sein.

Verwaltungsstruktur für die Zukunft

LINKE unterstützt Reform dann, wenn die Aufgabenverteilung zwischen Kreis- und Landesbehörden zu Gunsten der Bürgernähe vorgenommen wird

Von Lutz Kupitz
Vorsitzender der Barnimer
Kreistagsfraktion der LINKEN

Der Kreistag Barnim hat sich im März erneut mit der von der Landesregierung geplanten Verwaltungsstrukturreform beschäftigt. Anlass war die Aufforderung der Landesregierung, eine Stellungnahme des Kreistages zum vorliegenden Referentenentwurf „Gesetz zur Neugliederung der Landkreise und kreisfreien Städte im Land Brandenburg ...“ abzugeben. Inhalt des Entwurfs sind Regelungen zur Verwaltungsorganisation, zur Arbeit sogenannter Fusionsgremien und zu Übergangsregelungen im Falle angestrebter Fusionen.

Gefragt war aber nicht eine erneute Stellungnahme zum Leitbildentwurf des Landes. Zu letzterem hatte sich der Kreistag bereits im Juni 2016 kritisch geäußert. Grundtenor dieser Stellungnahme damals war es, dass der Kreis Barnim nach den Vorgaben der Landesregierung auch weiter als Kreis allein agieren kann. Im Sinne eines solidarischen Agierens aller Regionen im Land hat sich der Kreistag aber auch unter bestimmten Bedingungen zu möglichen Fusionen bekannt. Damit hatte der Kreistag die Intention des Kreistagsbeschlusses vom November 2014 aufgenommen, in dem er bereits die Verwaltungsstrukturreform in einer Resolution abgelehnt hatte. Da aber zu diesem Zeitpunkt noch keine Dokumente über Planungen des Landes vorlagen, erfolgte mit dem Beschluss vom Juni 2016 eine differenzierte Stellungnahme. Diese Positionen sind folgerichtig die Grundlage für die jetzt im Kreistag beschlossene Stellungnahme.

Der Kreistag hat sich in seinem Beschluss vor allem darauf konzentriert Positionen zu den Aufgaben darzulegen, für die der Kreistag zuständig ist. Diese Vorgehensweise hat die Fraktion der LINKEN vorgeschlagen und gleichzeitig Vorschläge erarbeitet, die sich auch alle in der Stellungnahme wiederfinden. Die Punkte aus dem Beschluss lauten im Einzelnen:

1) Die Form der Anhörung der Kreistage zu diesem Zeitpunkt im Gesetzgebungsverfahren wird als frühzeitige Beteiligung grundsätzlich begrüßt. Der Kreistag Barnim erwartet aber, dass eine solche Abstimmung mit der kommunalen Gemeinschaft auch im weiteren Gesetzgebungsverfahren erfolgt.

2) Die anstehende Verwaltungsstrukturreform kann nur einhergehen mit der notwendigen Funktionalreform, die die Aufgabenverteilung für die Kreise und das Land neu regeln muss. Das spiegelt sich im Referentenentwurf nicht wider. Eine getrennte

Durchführung beider Reformvorhaben lehnt der Kreistag Barnim ab.

3) Der Kreistag Barnim erwartet deshalb konkrete Aussagen zur notwendigen Funktionalreform und einen damit verbundenen Katalog der zu übertragenden Aufgaben. Im

»LINKE Barnim: Eine Verwaltungsstrukturreform macht nur Sinn, wenn die Aufgaben der Daseinsfürsorge in allen Regionen des Landes gesichert sind und wenn sie mit einem Ausbau der Bürgernähe, der Bürgerbeteiligung vor Ort und der bürgerfreundlichen Verwaltung verbunden ist.«

Rahmen dieser Aufgabenübertragung muss sowohl die Überführung der Staatlichen Schulämter auf die dann leistungsstärkeren Landkreise als auch die Übertragung der Vergabe von Fördermitteln (insbesondere ELER im Rahmen der LEADER-Richtlinie) thematisiert werden.

4) Der Kreistag Barnim begrüßt die Einrichtung von Fusionsgremien, lehnt aber die im Referentenentwurf vorgeschlagene Zusammensetzung ab. Fusionsgremien müssen die politische Zusammensetzung der Kreistage widerspiegeln. Das ist im Entwurf nicht der Fall. Die Fusionsgremien sollten sich deshalb aus den Kreisausschüssen der jeweiligen Kreistage zusammensetzen. Um eine Parität bei der Besetzung des Fusionsgremiums zu erreichen, können nach einem geordneten Verfahren Mitglieder nachberufen werden.

5) Entscheidungen, die in die Zuständigkeit des Kreistages der neuen Gebietskörperschaft fallen, kann das Fusionsgremium lediglich vorbereiten. Sie sind durch die bereits bestehenden Kreistage zu bestätigen. Das im Referentenentwurf gewählte Verfahren, dass bei einer Nichteinigung innerhalb von acht Wochen die Angelegenheit dem Innenministerium als Kommunalaufsichtsbehörde zur Entscheidung vorzulegen ist, wird vom Kreistag Barnim abgelehnt. Dies wäre ein unzulässiger Eingriff in die kommunale Entscheidungshoheit.

6) Das im Gesetzentwurf formulierte Moratorium

zu Personalangelegenheiten, nämlich vorübergehend keine Neueinstellungen vorzunehmen, kann grundsätzlich eine geeignete Maßnahme sein. Einzelfallentscheidungen allerdings zusätzlich durch das Innenministerium zu genehmigen, geht an den

Realitäten der Personalpolitik einer Kreisverwaltung vorbei. Die Herstellung des Einvernehmens bei solchen Entscheidungen zwischen den betroffenen Kreisen ist daher ausreichend. Unabhängig vom Status der Beschäftigten, Beamten oder Auszubildenden ist die Personalhoheit jederzeit durch die jeweiligen Landkreise auszuüben, um die uneingeschränkte Arbeitsfähigkeit zu erhalten.

7) Die im Gesetzentwurf dargestellte Finanzierung der Reform muss aus Sicht des Kreistages Barnim überarbeitet werden. Das betrifft insbesondere die Mitverantwortung der kommunalen Gemeinschaft für die notwendige Teilentschuldung von gegenwärtig betroffenen Kreisen und kreisfreien Städten. Die Teilentschuldung sollte komplett aus Mitteln des Landes erfolgen.

Die einmalige Transformationspauschale ist zu gering bemessen. Es sind mindestens 5 Millionen Euro je Landkreis erforderlich, da das Verwaltungshandeln durch den Referentenentwurf nicht vereinheitlicht wird. Es ist daher mit erheblichen finanziellen Mehrbelastungen zu rechnen.

8) Der Kreistag Barnim befürwortet die Beteiligung der Einwohnerinnen und Einwohner des neu zu bildenden Kreises, einen Namensvorschlag für diesen zu unterbreiten, der vom neuen Kreistag mit Zweidrittelmehrheit der gesetzlichen Mitglieder des Kreistages bestätigt werden soll.

In den in der Stellungnahme beschlossenen Positionen spiegeln sich auch die Forderungen wider, die der Kreisverband der LINKEN auf seiner Mitgliederversammlung im April 2016 als Anforderungen an eine Verwaltungsstrukturreform beschlossen hat, die aus unserer Sicht nur Sinn macht, wenn die Aufgaben der Daseinsfürsorge in allen Regionen des Landes gesichert sind und wenn sie mit einem Ausbau der Bürgernähe, der Bürgerbeteiligung vor Ort und der bürgerfreundlichen Verwaltung verbunden ist. Die gegenwärtig geplante Verwaltungsstrukturreform beinhaltet keine Gemeindegebietsreform. Das soll auch so bleiben, denn eine neuerliche Gemeindegebietsreform lehnt die LINKE ab.



Zum 25. und letzten Mal
Pfingsten **2017** am
Werbellinsee

Das Wochenende

für alte und neue Mitglieder, Allwissende und Neugierige, für Klein- und Großfamilien...

25. Pfingsten mit der LINKEN vom 2. Juni bis 5. Juni 2017
in der Europäischen Jugenderholungs- und Begegnungsstätte
Werbellinsee in Altenhof

- jeden Abend Tanz in der Sporthalle bis in die Morgenstunden
- Samstag und Sonntag großes Kinderprogramm am Strand mit Neptunfest
- Fußball und Volleyballwettkämpfe am Samstag
- politische Talkrunden im Zelt am Strand zu aktuellen Themen, gemischt mit Musik und Tanz
- Europatag mit Europa-Abgeordneten und internationalen Gästen

Windkraftanlagenbauer SENVION will Standort in Trampe schließen

Von Ralf Kaiser,
Direktkandidat für den Bundestag

Es war bislang nur ein Gerücht, was die Beschäftigten bei SENVION in Trampe in Unruhe versetzte; Mitte März ist es Realität geworden:

Am 13. März 2017 wurde der Belegschaft mitgeteilt, dass die drei Standorte in Deutschland, Trampe, Husum und Bremerhaven, geschlossen werden. Die Konzernführung, ein amerikanischer Investor, zieht die Auslagerung nach Portugal und Polen in Betracht.

Für alle unverständlich, zumal das Unternehmen über volle Auftragsbücher verfügt sowie beachtliche Gewinne eingefahren hat. Die Beschäftigten arbeiten qualitativ hochwertig und waren bis vor kurzem stolz und hochmotiviert.

Bereits eine Woche davor führte ich ein Gespräch mit den Betriebsratsmitgliedern; sie ahnten schon, was da auf sie zu kommt und haben daher schon sehr zeitig nach Gesprächspartnerinnen und Gesprächspartner und nach Unterstützung gesucht.

Ralf Kaiser:

„An erster Stelle muss der Mensch stehen, nicht der Profit.“



Sowohl als aktiver Gewerkschaftler, als auch in der Position als Bundestagskandidat der LINKEN werde ich alles daran setzten, was zum Erhalt des Standortes Trampe und der damit verbundenen Arbeitsplätze bei SENVION beiträgt und den Betriebsrat bestmöglich unterstützen.

Für den Fall, dass es kein Einlenken seitens der Konzernführung bei diesem Schließungsbeschluss gibt, werde ich an der Seite der Kolleginnen und Kollegen dafür kämpfen, dass sie entsprechend und angemessen entschädigt werden. Dann wird es für die Führungsspitze richtig teuer.

Solchen Globalplayern, Heuschrecken und Kapitalhaien gehört das Handwerk gelegt! An erster Stelle muss der Mensch stehen und nicht der Profit!

Der Stadtverband der Eberswalder LINKEN hat eine Unterschriftensammlung gestartet. Hier sind alle Bürgerinnen und Bürger herzlich eingeladen, für den Erhalt des Standortes Trampe und der damit verbundenen Arbeitsplätze zu unterschreiben.

Unternehmen verlagert seinen Sitz – trotz voller Auftragsbücher

Drohende Entlassung der Beschäftigten von Senvion in Trampe/ Wie ist das möglich? Dahinter steht ein Hedge-Fonds. Eine Erklärung.

Von Ralf Christoffers

Beim Thema „Regulierung der Finanzmärkte“ denkt man zuerst an Banken und Kreditinstitute. Eher im Hintergrund stehen die Aktivitäten von Finanzinvestoren. Und auch diese unterscheiden sich gravierend.

Formen weltweit agierender Fonds

Es gibt weltweit agierende Fonds, die zum Beispiel in Infrastruktur investieren und deren Investitionen 20 bis 30 Jahre umfassen, zum Beispiel beim Stromleitungsausbau, bei Bau und Betreuung von Häfen. Dann gibt es staatlich gelenkte Fonds wie zum Beispiel in Russland und China, die gezielt Industrie- und Technologieunternehmen aufkaufen, um Einfluss auf die weltweite Wirtschaftsentwicklung zu nehmen. Und es gibt staatliche Fonds wie zum Beispiel in Norwegen, die Gewinne aus dem Erdöl- und Erdgassektor gezielt anlegen, um die Rentenversorgung ihrer Bevölkerung zu sichern. (Dieser Fonds ist inzwischen größer als die Nationalbank Norwegens.) Die Tätigkeit dieser Fonds ist kaum international reguliert. Einige, wie zum Beispiel in Norwegen, haben für ihre Anlagestrategien ethische Grundsätze formuliert, die zum Beispiel eine Beteiligung an der Produktion von Kriegsgütern ausschließen. Viele haben jedoch solche Grundsätze nicht. Aber alle haben zum Ziel eine Rendite für die Anleger. Der Unterschied liegt in der Höhe der Rendite – und was man bereit ist, dafür zu tun.

Um einen Eindruck von der Größe dieser Fonds (und damit auch ihrer Finanzmacht) zu vermitteln: Es gibt Fonds mit einem Volumen von mehreren Billionen Dollar, das ist mehr als das Bruttonationalprodukt Deutschlands (2,5 Billionen Euro, 2010).

Wie funktioniert ein Hedge-Fonds?

Es gibt so genannte Hedgefonds, die einen Schwerpunkt auf Leveraged buyouts (LBO) und notleidende Wertpapiere (Hedge) legen. LBO ist ein Finanzgeschäft, bei dem ein Unternehmen mit einer Kombination aus Eigenkapital und Schulden erworben wird, so dass der Cash flow (tatsächlich vorhandenes Geldvermögen) des Unternehmens als Sicherung für die Rückzahlung des geliehenen Geldes verwendet wird. Das heißt, eine Kreditaufnahme des Hedgefonds erfolgt auf der Grundlage der positiven wirtschaftlichen Situation des neu übernommen Unternehmens. Im Klartext:



In Trampe bediente die Unternehmensführung von Senvion alle Klischees, die einem zu Hedge-Fonds einfallen: Der „Besuch“ erfolgte per Hubschrauber, den Beschäftigten wurde mitgeteilt, wie toll die Auftragslage des Unternehmens ist – um ihnen dann zu erklären, dass sie und ihr Standort nicht mehr benötigt werden. Foto: bc

Ein Hedgefonds kauft perspektivisch gewinnträchtige Unternehmen oder Teile von Unternehmen, wobei die Zinsaufwendungen für die Kredite niedriger sind als die Gewinne, die man aus dem Unternehmen abziehen kann. Das Unternehmen bezahlt faktisch die Übernahme selbst. Dadurch steigen die Erträge, die man den Einlegern des Fonds auszahlen kann, extrem an. Das ist der Zweck des Hedge-Fonds. Daraus resultiert auch dessen relativ kurzfristige Unternehmensstrategie. Sie hat zur Folge, dass es keinerlei Bindungen an Standorte oder Beschäftigte gibt. Die Unternehmensphilosophie richtet sich allein auf die Gewinnmaximierung, mit oft sehr kurzfristigen Entscheidungen zu Lasten von Beschäftigten und Regionen.

Was passiert in Trampe?

Am Standort Trampe werden Windkraftanlagen hergestellt. Früher war das Unternehmen REPOWER Eigentümer. Das Unternehmen wurde an SENVION verkauft. Dort ist wiederum der Hauptaktionär CENTERBRIDGE. Über Centerbridge-Partner ist öffentlich wenig bekannt, es ist aber ein klassischer Hedge-Fonds. SENVION ist ein Unternehmen, das gegenwärtig 2,5- bis 6-Megawatt-Turbinen für Windkraftanlagen produziert. Es steht wirtschaftlich sehr gut da. Laut eigenen Angaben waren im Jahr 2016 Festaufträge auf 1,3 Milliarden Euro weltweit dotiert. Etwa 4.100 Beschäftigte arbeiten für das Unternehmen weltweit, davon sollen nun rund 700 entlassen werden, darunter 120 in Trampe und 80 in einer Servicegesellschaft in Eberswalde. Die Produktion soll verlagert werden, vor allem nach Portugal, um eine weitere Gewinnmaximierung zu

ermöglichen – siehe oben.

Hier liegt der gravierende Unterschied zu örtlich verankerten Unternehmen (dazu gehören nicht mehr nur nationalstaatlich organisierte, sondern auch europaweit agierende) – nämlich im Zweck der Aufgabe eines Standortes: Der Hedge-Fonds gibt Beschäftigte und Standort auf, um den Gewinn zu maximieren – und zwar ohne Rücksicht auf die strukturellen und regionalen Folgen. Ein örtlich verankertes Unternehmen dagegen würde dies nur bei wirtschaftlichen Engpässen in Erwägung ziehen – und dann auch noch zuerst mit der Politik nach Lösungen suchen. Zwischen beiden Polen gibt es inzwischen jedoch eine große Grauzone – wie wir gerade beim Agieren der Deutschen Bahn mit dem Bahnwerk in Eberswalde erlebt haben.

Was tun?

Proteste, politische Gespräche, Druck auf das Unternehmen aufbauen, um den Standort zu erhalten. Das sind die Aufgaben der nächsten Wochen. Betriebsrat, Gewerkschaft und Landespolitik arbeiten eng zusammen, auch mit den betroffenen Beschäftigten in Schleswig-Holstein.

Aber auch langfristige umfassende Lösungen müssen ins Blickfeld geraten: Es kann sie nur – mindestens – innerhalb der Europäischen Wirtschaftszone geben. Eine Eindämmung wäre über die Finanzmarktregulierung möglich oder über ein abgestimmtes Steuermodell, das solche kurzfristigen Gewinnmaximierungen wirtschaftlich unattraktiv macht. Aber das Dilemma ist groß: Selbst Nationalstaaten sind inzwischen an Hedge-Fonds beteiligt.

Aus dem Stall gestohlen

Landtagsbeschluss: Kampf gegen den Rinderklau

Von Margitta Mächtigt,
Landtagsabgeordnete

In Brandenburg, aber auch in Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen mehren sich in den vergangenen Monaten die Fälle von Viehdiebstahl.

Nach Darstellung des Innenministeriums im Rahmen der Polizeilichen Kriminalstatistik 2016 gab es 2015 in Brandenburg 21 Diebstahlsanzeigen von Viehdiebstahl, dabei wurden 18 Rinder gestohlen. Im vergangenen Jahr wurden 22 Fälle angezeigt, dabei stieg die Zahl der gestohlenen Rinder auf 180. Seit dem Beginn des Jahres 2017 wurden allein in sechs Fällen bereits etwa 310 Rinder aus Ställen und von Weiden gestohlen. Dabei handelt es sich zunehmend um Zuchttiere, so dass der Schaden deutlich größer wird. Noch gibt es keine Erkenntnisse, wer hinter diesen Diebstählen steht, die offensichtlich professionell durchgeführt werden. Der Anstieg von offenkundig organisierten Viehdiebstählen schädigt unsere einheimischen Landwirtschaftsunternehmen gerade in den Zeiten von niedrigen Erzeugerpreisen erheblich und hat für die Landwirtschaftsbetriebe in Brandenburg oft existenzgefährdende Folgen. Abgelegene Ställe und Weiden sind nur schwer zu sichern, die Aufklärung solcher Taten gestaltet sich schwierig. Deshalb hat sich der

Landtag Anfang April unter anderem mit dem Thema Viehdiebstähle in Brandenburg beschäftigt. Die Landesregierung wurde aufgefordert, das Konzept zur erfolgreichen Bekämpfung und wirksamen Eindämmung organisierter Viehdiebstähle im Land Brandenburg, welches es bereits seit 2013 gibt, fortzuentwickeln. Bis zum Sommer dieses Jahres sollen Handlungsempfehlungen durch die Landesregierung vorgelegt werden, die einen besseren Schutz vor Diebstählen gewährleisten. Eine engere Zusammenarbeit mit den Ermittlungsbehörden

Polens soll forciert werden. Gemeinsame Beratungen von Landwirten, Polizei, des Bauernbundes und Landesbauernverbandes sowie den Versicherern sollen Landwirten bei den



Sind diese Kälbchen im Stall sicher? Viehdiebstahl nimmt in Brandenburg rasant zu: Im ersten Quartal 2017 wurden bereits 310 Rinder gestohlen, vor allem teure Zuchttiere. Foto: bc

Sicherungsmaßnahmen zum Schutz ihres Eigentumes, zum Beispiel durch wirksamere Verschlussvorrichtungen oder durch den Einsatz von Technik besser unterstützen.

PKW-Maut ist falsch

OW-Beitrag/pm

Der Bundesrat ließ Ende März ein vom Bundestag beschlossenes Gesetzespaket passieren, mit dem auch die Einführung einer Pkw-Maut auf deutschen Autobahnen und Bundesstraßen beschlossen wurde. Die Rot-Rote Brandenburgische Landesregierung unterstützte die Anrufung des Vermittlungsausschusses, der die Einführung der Maut noch hätte verhindern können. Dieser Vorschlag fand aber leider keine Mehrheit in der Länderkammer. „Wir halten Dobrindts Maut für den falschen Weg für mehr Mobilität und besseren Klimaschutz“, kommentierte die verkehrspolitische Sprecherin der LINKEN im Landtag, Anita Tack. „Diese Maut ist weder verkehrspolitisch noch finanziell sinnvoll, geschweige denn mit europäischem Gemeinsinn vereinbar.“

Kommunaldatenbank

OW-Beitrag/bc

Die LINKE hat eine Kommunaldatenbank eingerichtet. Unter <http://die-linke.de/kommunaldatenbank/> sind Anträge und Anfragen von KommunalpolitikerInnen der LINKEN aus dem gesamten Bundesgebiet einsehbar. Die Datenbank soll Anregung und Hilfestellung für die eigene Arbeit vor Ort geben. Wer möchte, kann mithelfen und Anträge zur Einstellung weiterreichen. **Kontakt:** felicitas.weck@die-linke.de.

Entwarnung für von Abaggerung bedrohte Orte

Tagebau Jänschwalde wird nicht fortgeführt

OW-Beitrag/pm

Ende März entschied die Lausitz Energie Kraftwerke AG (LEAG), den Tagebau Jänschwalde nicht fortzuführen. „Wir begrüßen diese längst überfällige Entscheidung. DIE LINKE hat seit langem erklärt, dass der Tagebau Jänschwalde Nord energiepolitisch nicht notwendig ist, um eine sichere

Versorgung zu gewährleisten“, erklärte der Fraktionsvorsitzende der LINKEN im Landtag, Ralf Christoffers. „Wir sind froh darüber, dass die Unsicherheit für die Dörfer Kerkwitz, Atterwasch und Grabko beendet ist.“

Nun muss nach Ansicht der LINKEN der Strukturwandel in der Lausitz beschleunigt, die Erneuerbaren Energien weiter ausgebaut werden,

und vor allem sind Speichertechnologien zu forcieren, die Energieeffizienz zu steigern und mehr Energie einzusparen. Letztlich fordert die LINKE von der LEAG, die notwendigen Rücklagen für die Bergbausanieuerung zu sichern.

Im Zusammenhang mit dem Braunkohle-Tagebau Welzow-Süd gibt es zunächst keine Umsiedlungen.

Hier muss die LEAG auf die Welzower zugehen und entsprechende Modalitäten klären. Außerdem steht weiter die bergbaurechtliche Prüfung aus, die klären soll, ob alle umweltrechtlichen Belange berücksichtigt sind.

Nach den Plänen der LEAG verlagert sich die Braunkohleförderung jetzt nach Sachsen. Eine länderübergreifende Kooperation ist notwendig.



Der Bundestagskandidat der LINKEN, Ralf Kaiser (links), war am 6. April im Templin beim Bewohnerschaftsrat eines Seniorenheimes. In der sehr aufrichtigen Debatte wurde zum Schluss der Wunsch geäußert, alle Parteien noch vor der Bundestagswahl mal am Tisch zu haben. Foto: H.-J. Müller

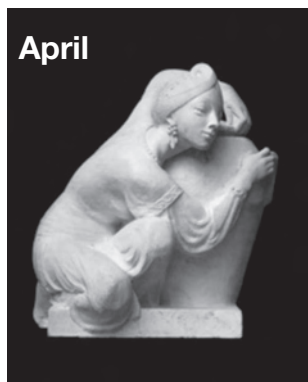
24. April 2017. 19 Uhr
Bürgerhaus Neuenhagen

Kerstin Kühn
- im Gespräch mit -
Dr. Sahra Wagenknecht




DIE LINKE.

Frauen-
geschichte(n)
Sirimavo Bandaranaike



April

Von Gisela Zimmermann

Sirimavo Rattwatte wurde am 17. April 1916 in Balangoda geboren. Ihre Familie war eine der angesehensten buddhistischen Grundbesitzerfamilien Ceylons. Sie wurde auf einer katholischen Privatschule erzogen und als sie 24 Jahre alt war, arrangierten ihre Eltern die Eheschließung mit dem jungen Politiker Solomon Bandaranaike. Sie begleitete die Karriere ihres Mannes über 19 Jahre, organisierte den Haushalt, gebar zwei Töchter und einen Sohn und engagierte sich in karitativen Organisationen.

Als ihr Mann, der mittlerweile Ministerpräsident war, 1959 vor ihren Augen erschossen wurde, übernahm sie an seiner Stelle den Wahlkampf und gewann überraschenderweise. Damit war sie die erste weibliche Ministerpräsidentin der Welt. Sie forcierte den sozialistischen Kurs, den ihr Mann eingeschlagen hatte, verstaatlichte Schulen, Banken, Versicherungen und pflegte gute Kontakte zum Ostblock. Probleme erwachsen Bandaranaikes Regierung, als sie ausländische Unternehmen verstaatlichte. Vor allem die USA und Großbritannien reagierten scharf und verhängten ein Embargo. Nach 5 Jahren verlor sie die Regierungsmacht an die konservative Opposition.

Im nächsten Wahlkampf versprach sie der armen Landbevölkerung größere Reirationen und wurde 1970 wiedergewählt. Die Bevölkerung nannte sie liebevoll „Ape Amma“ – „unsere Mutter“. 1972 erklärte sie Ceylon zur Republik Sri Lanka. 1975 wurde die lange versprochene Landreform verwirklicht und alle großen Plantagen wurden enteignet. Die Konservativen gewannen 1977 erneut die Wahl und klagten sie des Machtmissbrauchs und der Korruption an. Aufgrund ihrer Clanpolitik hatten rund 200 Angehörige ihrer Familie hohe Ämter innegehabt.

11 Jahre später zog sie als Oppositionsführerin wieder ins Parlament ein, 1994 wurde ihre Tochter Chandrika zur Präsidentin des Landes gewählt und sie selbst übernahm erneut das Amt der Premierministerin. Sirimavo starb mit 84 Jahren in Colombo, kurz nachdem sie als älteste Regierungschefin der Welt abgedankt hatte.

„Russland bleibt unser Nachbar“

LINKE im Europaparlament: Dialog zwischen Parlamenten beginnen

OW-Beitrag/pm

In seiner Rede im Europaparlament zu den jüngsten Demonstrationen in Russland, zur Festnahme von Alexei Nawalny und anderen Demonstranten brachte der Europaabgeordnete Helmut Scholz Anfang April seine Betroffenheit und die Anteilnahme der Linksfraktion im Europäischen Parlament mit den Opfern des Terroranschlags von St. Petersburg zum Ausdruck. Zugleich sprach sich der LINKE-Politiker für die Wiederaufnahme des politischen Dialogs des Europäischen Parlaments mit Russland aus.

„Bei aller aus Sicht auch der LINKEN notwendigen Kritik an den gesellschaftlichen und Lebensverhältnissen in Russland, bei allen gegenwärtig laufenden Eskalationen: Am Ende bleibt die russische Föderation ein Nachbar und nachhaltige Lösungen für internationale Probleme ohne oder gegen Russland wird es nicht geben“, so der Abgeordnete.

Das Parlament habe sich mit dem Einfrieren der Kommunikationskanäle selbst „mit dem Rücken an die Wand gestellt“. Dies müsse revidiert werden. „Ohne Probleme kann die Konferenz der Präsidenten die entsprechende Entscheidung wieder aufheben und die gegenwärtig eh statt-

man Müll zum Recyclinghof. Auch diese Bilder aus Moskau erzählen uns etwas über die Achtung der Menschenwürde, über die Verhältnismäßigkeit des Einsatzes von Polizei und auch über die Länge noch bevorstehender Wege.“ Allerdings müssten, wenn „Europa“ ein konstruktiver Partner Russlands auf diesem langen Weg sein wolle, ebenso in der EU Widersprüche aufgelöst werden, denn auch in EU-Staaten kann die Versammlungsfreiheit auf der Grundlage von Gesetzen eingeschränkt werden. „Entschiedener Kampf gegen Korruption“ gehöre überall geführt, in der EU, in der Russischen Föderation und weltweit.

Vor dem Hintergrund des Petersburger Anschlags hatte sich Helmut Scholz aus Respekt vor dem Leid der Betroffenen und ihrer Angehörigen für eine Verschiebung der Abstimmung über die Resolution zu Russland, zur Festnahme von Alexei Nawalny und anderen Demonstranten ausgesprochen. Diese symbolische Forderung wurde jedoch sehr knapp mehrheitlich von den Konservativen und Liberalen Fraktionen abgelehnt.



www.european-left.org

findenden zahlreichen ‚Privatreisen‘ von Abgeordneten wieder zu einem parlamentarischen Dialog bündeln.“

Helmut Scholz weiter: „Menschenrechte sind überall unteilbar und gehören umgesetzt, gerade wenn man sich dazu selbst verpflichtet. Ich möchte aus keinem Land der Welt Bilder von Demonstrierenden sehen, die weggeschleppt werden, als bringe

Gewinner der Märzausgabe: 1 Jahres-Abo „Eulenspiegel“ geht an: C. Wolff, Ahrensfelde, das Lösungswort der März-Ausgabe lautete: DIE LINKE; **Lösungswort dieser Ausgabe:** die grau unterlegten Felder benennen die Brandenburger Sozialministerin; **bis zum 12. Mai 2017 an:** Die LINKE Barnim, Redaktion OW, Heegermühler Straße 15, 16225 Eberswalde oder E-mail: offeneworte@dielinke-barnim.de; **Preis dieser Ausgabe:** 2 x 2 Freikarten für die Abendveranstaltung beim Pressefest am 15. Juli (siehe Seite 2). Der Rechtsweg ist ausgeschlossen.

Waagerecht: 1. Veränderung d. Erbgutes, 7. heilig, 12. Religionsgelehrter d. Islam, 13. unterwürfig, 14. Anerkennung, 16. Sohn d. Agamemnon (griech. Myth.), 17. dt. Rechenmeister (1492-1559), 18. Zeitspanne, 20. osteurop. Staat, 22. umgangssprachl.: jmd., der etwas verrät, 25. ständig, 28. Klostervorsteher, 30. gefrorener Niederschlag, 32. artfremder Eiweißstoff, der zur Bildung von Abwehrstoffen führt, 35. Backmasse, 36. etwas wissen, 37. früher, 38. Schwimmbassin, 39. Angeh. eines mitteleurop. Stammes, 41. engl. Graf, 43.

Zusammenschluss dt., poln. und tschech. Handelskammern (Abk.), 45. Nagetier, 48. Flachland, 51. dt. Schriftsteller (1899-1974), „Emil und die Detektive“, 54. Stern im Sternbild Orion, 57. Kreisstadt in NRW, 58. Ölbaumharz, 59. Abschiedswort, 60. abfällig f. Mädchen, 61. Reptilie, 62. ostfränk. Adelsgeschlecht (10.-12. Jh.), 63. Gewächshaus

Senkrecht: 1. Edelmetall, 2. babylon. Gottheit, 3. viel, Steigerungswort 4. Tanzschüler, 5. Ballettröckchen, 6. großes Gewässer, 7. Salzgewinnungsanlage, 8. ostasiat. Land, 9. Schüler, 10. Weinernte, 11. natürl. Baustoff, 15. Vegetationsinsel i. d. Wüste, 19. dt. Mittelgebirge, 21. männl. Haustier, 23. Grundgedanke, 24. hilfreicher Mensch (umgangssprachl.), 26. Masse, Vielheit, 27. Theaterplatz, 29. Grenzübergang Weißrussland/Polen, 30. schwarzes Pferd, 31. Tafelbild, 33. Verzeihung, 34. Wasserstrudel, 35. Küchenhilfe, 40. Rabenvogel, 42. Röhrlicht, 43. Staat i. Ostafrika, 44.

Kurzhalsgiraffe, 46. brit. Sängerin (geb. 1988, Golden Globe-, Oscar-, Grammy-Gewinnerin), 47. Pflanzenspross, 49. Holzgewächs, 50. Frucht m. harter Schale, 52. Verbindung zweier Stoffteile, 53. Schilfrohr, 55. Festkleidung, 56. Pflanzengattung d. Linsen

1		2		3		4		5		6		7		8		9		10		11	
								12								13					
14	15			16										17							
18			19					20	21							22			23		24
			25		26		27							28	29						
30		31					32					33		34				35			
			36											37							
38								39	40									41		42	
				43		44								45	46		47				
48	49		50			51					52		53			54		55		56	
			57										58						59		
60									61												
			62											63							